

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Ernst Ulrich Köpf **3** Nachhaltigkeit – ein Prinzip der Forstwirtschaft
- Hans Georg Nutzinger **12** Nachhaltigkeit und Standardökonomik: Komplementär oder substitutiv ?
- Hans Diefenbacher **15** Lokale Agenda 21 – Zielsetzung, Nachhaltigkeitsberichte, Projekte
- Christiane Thorn **21** Perspektiven einer geschlechtergerechten Zukunftsfähigkeit
- Fritz Andres **29** Der Beitrag der Bodenreform zur Nachhaltigkeitsdiskussion
- Ralf Becker **38** Nachhaltige Entwicklung braucht Geldmarktreform
- Roland Geitmann **44** Lokale Agenda 21 und Systemwandel
- 49** Leserbriefe – Bücher – Berichte – Veranstaltungen
- 37** 34. Mündener Gespräche

Hans Diefenbacher:

Lokale Agenda 21 - Zielsetzung, Nachhaltigkeitsberichte, Projekte

1 Die lokale Agenda 21 - Zielsetzung und Verbreitung¹

Die bei der Weltumweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 verabschiedete Agenda 21 enthält ein Kapitel, in dem ein genauer Plan formuliert ist, nach dem Kommunen weltweit Initiativen zur Unterstützung der Agenda 21 ergreifen sollen, indem sie "Lokale Agenden" aufstellen. Als Zielsetzung waren 1992 folgende Schritte vorgesehen:²

"(a) Bis 1996 soll sich die Mehrzahl der Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozess unterzogen und einen Konsens hinsichtlich einer 'kommunalen Agenda 21' für die Gemeinschaft erzielt haben.

(b) Bis 1993 soll die internationale Staatengemeinschaft einen Konsultationsprozess eingeleitet haben, dessen Ziel eine zunehmend engere Zusammenarbeit zwischen den Kommunen ist.

(c) Bis 1994 sollen Vertreter von Verbänden der Städte und anderer Kommunen den Umfang der Zusammenarbeit und Koordinierung intensiviert haben.

(d) Alle Kommunen in jedem einzelnen Land sollen dazu angehalten werden, Programme durchzuführen und zu überwachen, deren Ziel die Beteiligung von Frauen und Jugendlichen an Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen ist."

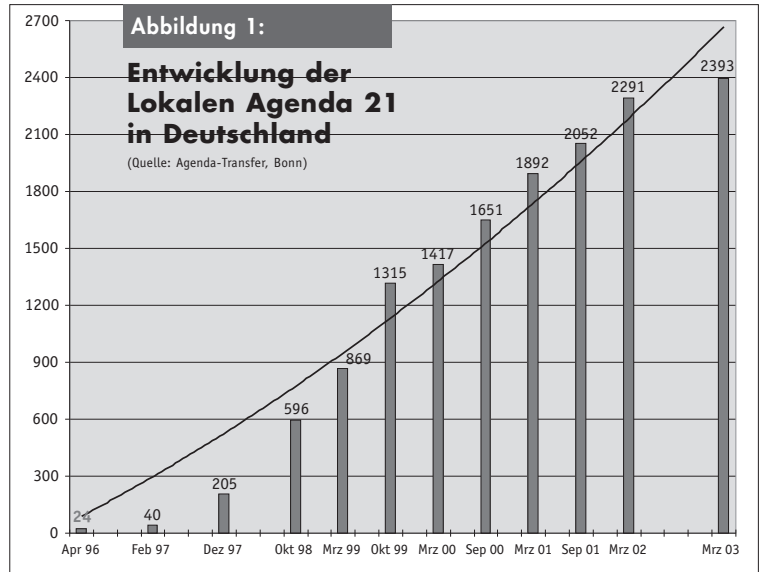
Die Lokale Agenda 21 war im Konzept der Agenda 21 also vor allem als partizipativer Prozess gedacht, als ein Versuch, Bürgerinnen und Bürger an ‚ihrer‘ Politik zu beteiligen, sie zu sensibilisieren, Stärken und Schwächen ihres Gemeinwesens wahrzunehmen, und sie zu motivieren, Gestaltungs- und Handlungsspielräume wiederzuentdecken und zu nutzen. Zum einen sollte ‚vor Ort‘ getan werden, was möglich ist, wodurch die jeweilige nationale Politik entlastet, jedoch nicht aus ihren Verpflichtungen

entlassen werden sollte. Gleichzeitig sollte auch ein Prozess der Bewusstseinsbildung für die von der Lokalen Agenda angesprochenen Problembe- reiche in Gang gesetzt werden. Diese Erwartung wird in der Agenda 21 dezidiert ausgedrückt:³ "Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbe- organisationen lernen ... Durch den Konsulta- tionsprozess würde das Bewusstsein der einzel- nen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft."

Über zehn Jahre nach der Konferenz von Rio muss jedoch zunächst konstatiert werden, dass der Umsetzungsprozess nicht nur bei den inter- nationalen und nationalen Vereinbarungen, son- dern auch bei der Lokalen Agenda 21 weit hinter dem Zeitplan von 1992 herläuft. In einer Er- hebung vom März 2000 ging der International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) davon aus, dass die Zahl der Agenda- Kommunen im Jahr 2000 weltweit circa 5000 betrug; der Anteil der europäischen Kommunen wurde auf 75 Prozent geschätzt.⁴ Stefan Wil- helmy kam damals hingegen zu der Einschät- zung, dass die Zahl von 5.000 Kommunen ver- mutlich zu hoch und der europäische Anteil durch die ICLEI-Studie zu niedrig eingeschätzt werde; bei den Agenda-21-Prozessen handle es sich, so Wilhelmy, "primär um ein (west-) euro- päisches Phänomen".⁵ In Entwicklungsländern war die Zahl der Agenda-Kommunen nach wie vor sehr gering. In Afrika gibt es aktuell etwa 35 Gemeinden mit Agenda-Beschlüssen. Von den etwa 200 asiatischen Kommunen, die sich auf diese Weise engagiert hatten, entfielen allein 112 auf Japan, in Südamerika gab es etwa 60 Beschlüsse von Kommunen zur Lokalen Agenda 21. Eine ganze Reihe dieser Aktivitäten war überdies als Ergebnis von Städtepartnerschaften mit Kommunen aus Industrieländern oder als

von außen, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit initiierte Modellprojekte zustande gekommen.⁶

Deutschland zählt – nach einem eher zögerlichen Beginn – mittlerweile auch zu den Staaten, in denen die Lokale Agenda 21 eine besonders hohe Verbreitung gefunden hat; mit einer aktuellen Zahl von knapp 2400 Agenda-Beschlüssen liegt Deutschland, in absoluten Zahlen, wahrscheinlich sogar an der Spitze. (Vgl. Abbildung 1⁷)



2 "Glocalization"® als Zauberformel?

Dass der UNCED-Beschluss zur Agenda 21 auch ein "lokales Element" erhielt, hat alle Bemühungen, den Tendenzen zur Globalisierung eine regionale oder lokale Alternative gegenüberzustellen, außerordentlich unterstützt – und zwar sowohl was theoretische Anstrengungen als auch praktische Initiativen betrifft. Lässt man einige wenige Ansätze, die für eine radikale Wirtschaftsform plädieren, bei der die lokale Autarkie so weit wie nur irgend möglich entwickelt werden soll, außer Acht, so konzentrieren sich die vorliegenden Konzepte einer regionalen bzw. lokalen Ökonomie vor allem auf zwei Zielsetzungen:

Zum einen wird nach einer Optimierung der Zuordnung zwischen Problemen und dem besten Raumbezug zur Lösung dieser Probleme gefragt. Einfach gesagt: Manche Probleme lassen sich am besten auf der lokalen Ebene, andere vielleicht national und wieder andere auf der internationalen Ebene lösen. Im Rahmen der ökonomietheoretischen Behandlung des Föderalismus hat Gordon Tullock eine Regel zum Problem der optimalen Kollektivgröße bei Entscheidungen aufgestellt: Jedes Kollektiv sollte so groß sein,

dass möglichst wenig Konsequenzen der in ihm getroffenen Entscheidungen über seine Grenzen hinaus streuen.⁹ Ein optimaler Umfang der Entscheidungskollektive führt also zu einer weitgehenden Internalisierung der durch die Entscheidungen produzierten externen Effekte. Prozesse zur Lokalen Agenda 21 können in dieser Sichtweise eingesetzt werden, um die lokalen Handlungsspielräume zu erkunden und um von dieser Basis dann nach einer Verbesserung der institutionellen Regelungsmechanismen zu fragen, die die unterschiedlichen räumlichen Ebenen miteinander auf angemessene Weise verknüpfen.¹⁰ Die "Reduzierung intrakollektiver Konflikte" gelingt in problemadäquaten Entscheidungskollektiven vorhersehbar besser als in zentralistischen Strukturen, da mit steigender Heterogenität des Kollektivs, das für die Bedürfnisbefriedigung des Einzelnen zuständig ist, dessen Schwierigkeiten wachsen, seine eigenen Vorstellungen in die Entscheidungsprozesse mit einzubringen, deren Ergebnisse auch für ihn verbindlich sind.¹¹

Ein zweiter Ansatz geht davon aus, dass der Prozess der Globalisierung zu negativen externen Effekten geführt hat, denen am besten auf der lokalen Ebene begegnet werden kann; dabei wird die These vertreten, dass ein Netz aus

vielen möglichst gut funktionierenden lokalen Ökonomien ein Sicherungssystem gegen die Risiken der Globalisierung bilden kann.¹² In dieser Sichtweise werden Kriterien für die prioritäre Entwicklung derartiger lokal tragfähiger Alternativen formuliert, etwa:¹³

"(1) Jede ökonomische Aktivität, jeder Produktionszyklus sollte in einer bestimmten Region auch für künftige Generationen fortsetzbar sein, ohne ökologische Zerstörungen oder andere Probleme hervorzurufen.

(2) Die Bevölkerung einer Region sollte deren ökologische Tragfähigkeit nicht überschreiten, und die Wirtschaft der Region sollte – wenn überhaupt – nur langsam wachsen. Auf keinen Fall darf Wirtschaftswachstum die Voraussetzung für Wohlstand oder Vollbeschäftigung sein.

(3) In der Region sollten zumindest ausreichend Nahrungsmittel und Rohstoffe produziert werden, um ihren Bewohnern ein gutes Leben zu ermöglichen, ohne die ökologische Tragfähigkeit der Region zu überschreiten.

(4) Die Energie, die in der Region verbraucht wird, sollte so weit wie nur irgend möglich aus erneuerbaren Energieträgern dieser Region kommen.

(5) Um Ausbeutung oder Störungen des ökonomischen Gleichgewichts durch Einflüsse von außerhalb der Region zu verhindern, sollte jede Region zusätzlich eine eigene Währung oder Verrechnungseinheit – unter Umständen auch mehrere – und ein regional eigenständiges Banken- und Kreditsystem haben."

3 Ziele, Indikatoren, Nachhaltigkeitsberichte

Die Diskussion um die inhaltliche Füllung des Begriffs der Nachhaltigkeit wird im Rahmen der Festlegung eines Stadt- oder Regionalentwicklungsplanes oder einer "Lokalen Agenda 21" in keiner Gemeinde oder Region nach völlig gleichem Muster vonstatten gehen – zu verschiedenen sind die politischen Strukturen, die lokalen Gegebenheiten, die Erfahrungen und Kenntnisse der beteiligten Akteure. Dennoch erscheint es möglich, einen Ablauf dieses Prozesses im Sinne einer logischen Grundstruktur zu identifizieren,

dessen Elemente in der einen oder anderen Form fast immer thematisiert werden müssen (vgl. Abbildung 2):¹⁴



– In einer ersten Phase müssen Leitlinien und Ziele nachhaltiger Entwicklung für die jeweilige Gemeinde oder Region formuliert werden. Dies sollte möglichst in mittel- oder langfristiger Perspektive geschehen. Hilfreich ist es, wenn dieser Zielfindung eine Analyse der Stärken und Schwächen der zurückliegenden Jahre vorgeschaltet werden kann.

– In einem zweiten Schritt muss mit Hilfe geeigneter Mess- und Indikatorensysteme festgestellt werden, wie weit der Zustand in der betreffenden Region von den jeweils erwünschten Zielen entfernt ist. Dabei ist es unabdingbar, sich auf eine Art von "Mindestkatalog" von Teilzielen zu verständigen, die in einer kommunalen oder regionalen Planung beachtet werden müssen, wenn das übergeordnete Gesamtziel der Nachhaltigkeit auch wirklich ernst genommen

ÖKOLOGIE**Geringe Abfallmengen**

Siedlungsabfälle in kg pro Einwohner

Möglichst niedrige Luftverschmutzung

Veränderung des Bestandes an Flechten

Möglichst schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen

Bodenflächen nach Nutzungsarten in Prozent der Gesamtfläche

Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen

Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Einwohner und Tag

Möglichst niedriger Energie-Einsatz

Stromverbrauch der privaten Haushalte in kWh pro Einwohner

Umwelt- und sozialverträgliche Mobilität

Anzahl der Pkw pro 1.000 Einwohner

ÖKONOMIE**Gleichmäßige Verteilung von Arbeit**

Arbeitslosenquote (differenziert nach Frauen und Männern)

Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad

Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Nahrungsmittel auf dem Wochenmarkt

Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen

Hohe Preisniveaustabilität

Preisindex der Mieten

Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte

Kommunale Schulden je Einwohner in DM (1995 = 100)

Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes

Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit

GESELLSCHAFT/SOZIALES**Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen**

Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Einwohner

Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung

Anzahl der Ausbildungsverhältnisse je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo

Hohes kulturelles Angebot

Anzahl der Teilnehmer an Veranstaltungen der drei größten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen pro 1.000 Einwohner

Hohes Gesundheitsniveau

Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchungen

Hohes Sicherheitsniveau

Bekanntgewordene Straftaten je 1.000 Einwohner

PARTIZIPATION**Hohes ehrenamtliches Engagement**

Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner

Hohes demokratisches Engagement

Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Kommunalparlament

Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit

Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben

Anteil der Frauen im Kommunalparlament

Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess

Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 je 1.000 Einw.

werden soll. Ein solcher "Mindestkatalog" wird in der obenstehenden Übersicht vorgeschlagen.¹⁵

– Zieldiskussionen und Bestandsaufnahmen müssen für jedes einzelne Ziel erfolgen; die Differenzen zwischen "Soll" und "Ist" müssen im Vergleich bewertet werden, so dass es möglich wird, eine Prioritätenliste von Aufgaben und Maßnahmen festzulegen. Eine solche Gesamtsicht der Entwicklung kann die Form eines "Nachhal-

tigkeitsberichtes" annehmen, mit dem ein neues Kommunikationsinstrument zur "Perspektive der Nachhaltigkeit" geschaffen werden kann.¹⁶ Am Ende dieser Phase muss die Formulierung konkreter Handlungsempfehlungen für die Kommunalpolitik der nächsten Jahre stehen.

– Der dritte Schritt des Planungsprozesses setzt während der Umsetzung der im zweiten Schritt geplanten und verabschiedeten Maßnahmen ein.

Nach einer gewissen Zeit muss der intendierte Beitrag einzelner Projekte und Maßnahmen zur Verwirklichung der Leitlinien und Ziele überprüft werden, vor allem auch im Blick auf die Effizienz der Verwendung der eingesetzten Mittel. Nach einer solchen Überprüfungsphase müssen Leitlinien und Ziele eventuell neu formuliert oder adaptiert werden – der "Planungskreis" schließt sich.

Nota bene: Bei dieser Beschreibung handelt es sich um die Stufenfolge eines idealtypischen Ablaufes, der auch auf andere (wirtschafts-)politische Zielsetzungen angewendet werden kann, der aber in der Praxis vermutlich nie oder nur sehr selten in dieser Form durchführbar ist. Das liegt vor allem daran, dass die Zeitskalen von Zielfestsetzung, Überprüfung des Soll-Ist-Zustandes, Beschlussfassung und Implementierung einzelner Maßnahmen bei unterschiedlichen Problemen in der Regel auch sehr unterschiedlich aussehen. Da gibt es Probleme, bei denen die Ursache-Wirkungs-Beziehung relativ eindeutig und durch bestimmte Maßnahmen direkt und nachvollziehbar zu beeinflussen ist: Im Bereich Ökologie können beispielsweise die Ausweisung eines Naturschutzgebietes und die Bereitstellung eines gewissen Betrages für die Überwachung und Pflege den Bestand gefährdeter Tier- oder Pflanzenarten unmittelbar und nachhaltig verbessern. Bei anderen Problemen sind Verbesserungen nur sehr langsam oder nur durch ein Bündel der verschiedensten Maßnahmen zu erreichen – etwa bei der Zahl der Pendler, die täglich das Auto benutzen. Und nicht zuletzt sind das Problembewusstsein, der Stand der Planungen, die Umsetzung von Maßnahmen und damit auch die Erfolge in den verschiedenen Aufgabenbereichen sehr unterschiedlich weit gediehen: Während die Erfolge bei der Luftreinhaltung durch die Reduzierung von Emissionen einiger Schadstoffe wie etwa Schwefeldioxid schon sehr spürbar sind, steht man bei anderen Fragen – etwa bei vielen Aspekten des Bodenschutzes – noch eher am Anfang, während bei weiteren Problemen wiederum ernsthafte Versuche zur Lösung noch kaum begonnen haben; die Benzolbelastung der Luft an Innenstadt-Straßen ist dafür ein Beispiel.

Insgesamt kann jedoch festgehalten werden, dass auch die Arbeit an einem "traditionellen" Stadt- oder Regionalentwicklungsplan die Chance zu einer Gesamtsicht bietet. Die bewusste Verwendung des Leitbegriffs der "nachhaltigen Entwicklung" legt es nahe, Einzelplanungen zu einem integrativen Konzept zu verbinden. Diese Chance verbessert sich noch einmal, wenn es gelingt, die jeweiligen konzeptionellen Bemühungen als Umsetzung einer "Lokalen Agenda 21" zu verstehen, denn durch die Einbindung in die Beschlüsse der Konferenz von Rio ist ein Rahmen gegeben, innerhalb dessen die Vernetzung ökologischer mit ökonomischen und sozialen Problembereichen als selbstverständliche Notwendigkeit bereits vorausgesetzt ist.

4 Projekte für eine lokale Agenda 21

Aus Planungsprozessen dieser Art, deren Orientierung am Leitbild nachhaltiger Entwicklung nicht zur Festlegung von absoluten Maximen, sondern als Anzeige einer wünschenswerten Entwicklungsrichtung verstanden werden sollen, lassen sich dann Projekte ableiten, die im Rahmen einer lokalen Ökonomie durchführbar und sich dann auch in eine Lokale Agenda 21 integrieren lassen.¹⁷ Auf diese Weise sind zum Beispiel – neben vielem anderen – Initiativen zur lokalen Direktvermarktung von Lebensmitteln,¹⁸ lokale Energieversorgungskonzepte¹⁹ oder Tauschringe²⁰ entstanden. Mittlerweile sind zahlreiche systematisierende Zusammenstellungen von Projektbeschreibungen publiziert worden, die sich quasi als "Blaupause" zur Anleitung von Agenda-Aktivitäten anderer Kommunen verwenden lassen.²¹

Besonders wertvoll für Prozesse zur Erarbeitung von Lokalen Agenden sind auch Studien, die für größere Gebiete ein Konzept für eine Regionalwirtschaft unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Entwicklung erarbeiten.²² Zum einen regen derartige Gesamtkonzepte die Lokalen Agenden vor allem der kleineren Kommunen im jeweiligen Gebiet an, die sich einen derartigen Studienaufwand selbst nur schwer leisten können, zum anderen betonen sie die Notwendigkeit der regionalen Kooperation, die in den

Regel in Agenda-Prozessen nicht sehr intensiv entwickelt ist.

Anmerkungen

- 1 Der erste Abschnitt ist eine gekürzte und aktualisierte Fassung von Kap. 14 aus Diefenbacher, Hans (2001): *Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit – Zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie*. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.
- 2 Vgl. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro (Hrsg.) (1992): *Agenda 21*. Ausgabe Bonn: Bundesumweltministerium 1992, Kap. 28, 231f.
- 3 Ibid.
- 4 International Council for Local Environmental Initiatives Europasekretariat (Hrsg.) (2000): *Lokale Agenda 21*. Freiburg: ICLEI [unveröffentl. Manuskript].
- 5 Wilhelmy, Stefan (2000): "Im Nord-Süd-Vergleich: Lokale Agenda 21", in: Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno (Hsg.): *Friedensgutachten 2000*. Münster: Lit-Verlag, 209–219 (Zitat: 213).
- 6 Ibid., 214.
- 7 Wilhelmy, Stefan: *Vom Nachzügler zum Vorreiter. Lokale Agenda 21 in Deutschland*. In: *epd-Entwicklungspolitik* Nr. 7/2002, 35–37
- 8 Vgl. dazu Ormerod, Paul (1994): *The Death of Economics*. London: Faber and Faber.
- 9 Tullock, Gordon (1969): "Federalism – Problems of Scale", in: *Public Choice*, Vol. 6, Spring 1969, 19–29; deutsch (1977): "Föderalismus: Zum Problem der optimalen Kollektivgröße", in: Kirsch, Guy (Hrsg.): *Föderalismus*. Stuttgart/New York: Gustav Fischer, 27–35; vgl. dazu Zimmermann, Klaus W./Kahlenborn, Walter (1994): *Umweltföderalismus – Einheit und Einheitlichkeit in Deutschland und Europa*. Berlin: Edition Sigma.
- 10 Vgl. dazu z.B. Hamlin, Roger E./Lyons, Thomas S. (1996): *Economy without walls – managing local development in a restructuring world*. Westport, Conn./ London: Praeger.
- 11 Vgl. dazu Kirsch, Guy (1987): "Über zentrifugale und zentripetale Kräfte im Föderalismus", in: Schmidt, Kurt (Hrsg.): *Beiträge zu ökonomischen Problemen des Föderalismus*. Berlin: Duncker und Humblot, 13–34.
- 12 Vgl. dazu u.a. Birkhölzer, Karl (1996): "Soziale Ökonomie, Gemeinwesenwirtschaft und Dritter Sektor", in: *Stiftung Bauhaus Dessau/Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung* (Hrsg.): *Wirtschaft von unten*. Dessau: *Stiftung Bauhaus*, 35–38; Bingham, Richard D./Mier, Robert (Hrsg.) (1993): *Theories of Local Economic Development*. Newbury Park u.a.: Sage; vgl. dazu auch ausführlich: Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hans (1998): *Jenseits der Globalisierung – Handbuch für lokales Wirtschaften*. Mainz: Matthias-Grünwald-Verlag, Kapitel 2.
- 13 Ich zitiere den Katalog, den ich in einer gemeinsam mit Richard Douthwaite verantworteten Publikation aufgestellt habe: Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hans (1998), 82; mit anderen Schwerpunkten, aber im Grunde vergleichbar ist z.B. Haughton, Graham/Hunter, Colin (1994): *Sustainable Cities*. Melksham, Wiltsh.: Cromwell Press, Kapitel 6 – um Missverständnissen vorzubeugen: Bei dem Kriterium einer regional eigenständigen Zahlungseinheit ist nicht die Ersetzung der Zentralwährung DM oder Euro gemeint, sondern deren Ergänzung etwa durch Tauschsysteme und ähnliches.
- 14 Vgl. hierzu ausführlich Teichert, Volker/Diefenbacher, Hans u.a. (1998): *Lokale Agenda 21 in der Praxis* [Texte und Materialien, Reihe A, Bd. 44]. Heidelberg: FEST, 12ff.
- 15 Vgl. dazu Diefenbacher, Hans/Dümmig, Dorothee/Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2001): *Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung – Leitfaden*. Heidelberg: FEST
- 16 Vgl. dazu Diefenbacher, Hans/Dümmig, Dorothee/Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2002): *Nachhaltigkeitsbericht – Muster CD-ROM*. Heidelberg: FEST; erste Nachhaltigkeitsberichte nach dem Verfahren liegen bereits vor (etwa für Radolfzell, Hockenheim oder für die Gemeinde Boll in Württemberg).
- 17 Eine Gesamtperspektive von der Festlegung von Zielen über die Formulierung von Indikatoren bis zur Durchführung von Projekten bietet Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (Hrsg.) (2002): *Lokale Agenda 21 und Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen – Zehn Jahre nach Rio: Bilanz und Perspektiven*. Berlin: BMU.
- 18 Vgl. dazu Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMELF) (Hrsg.) (1997): *Zur Bedeutung der Direktvermarktung als Einkommensalternative für landwirtschaftliche Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland – eine Situationsanalyse*. Bonn: BMELF.
- 19 Vgl. u.a. BUND Nürtingen (Hrsg.) (1998): *Vision Solarstadt Nürtingen*. Nürtingen: Selbstverlag.
- 20 Siehe dazu Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hans (1998), Kap. 3.
- 21 Vgl. u.a. Teichert, Volker/Diefenbacher, Hans u.a. (1998): *Lokale Agenda 21 in der Praxis – Kommunale Handlungsspielräume für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik*. Heidelberg: FEST [Texte und Materialien Reihe A, Nr. 44].
- 22 Vgl. z.B. Jung, Wolfgang/Hinzen, Ajo u.a. (1997): *Zukunftsfähiges Wirtschaften im Raum Aachen*. Aachen: Aachener Stiftung Kathy Beys; Decken, Oliver (1998): *ÖkoRegion Vorderpfalz – Vorschläge für eine nachhaltige Regional- und Kommunalentwicklung*. Landau: Büro für Ökologie und Kommunikation.

Vom Jahrhundert der Ökonomie zum Jahrhundert der Umwelt

"Wenn die Tage des ökonomischen Jahrhunderts gezählt sind, was kommt danach? Wir treten, ob wir es wollen oder nicht, in ein Jahrhundert der Umwelt ein. ... Wir brauchen ein deutlich tiefgreifendes Umdenken und Umsteuern unserer Kultur und unserer Wirtschaftsweise. ... Das Bewusstsein, dass es 'so nicht weitergehen kann', ist das A und O für die erdpolitische Wende, die wir jetzt brauchen."

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Erdpolitik.
Darmstadt 3. Aufl. 1993, S. 8 – 11.